

Ein besonderer Mangel an Schutz: Die alltäglichen Auswirkungen des Gesetzes 2023/50.

Ein Bericht von Richard Braude, Arci Porco Rosso

März 2024

Die Entscheidung der italienischen Regierung, den Tod von mehr als 100 Menschen in den Gewässern vor Cutro vor genau einem Jahr zu instrumentalisieren, hat zu dem paradoxen – wenn auch vielleicht beabsichtigten – Effekt geführt, genau die Menschen zu bestrafen, die das Gesetz angeblich schützen soll. Denn trotz des ganzen Geredes über den Schutz der Menschen vor den schädlichen Machenschaften von Menschenhändler*innen (die häufig und absichtlich mit Menschenschmuggler*innen verwechselt werden) sowie einiger symbolischer, aber unerfüllter Versprechungen über Methoden der legalen Einreise war der wichtigste Teil des Gesetzes letztendlich die teilweise Abschaffung des 'besonderen Schutzes' mit katastrophalen Auswirkungen, die täglich in unserer Arbeit in Sizilien sichtbar sind.

Der besondere Schutz ist ein Schutz der Stufe B, der, ähnlich wie der humanitäre Schutz davor (der 2018 durch Salvinis 'Sicherheitsdekret' abgeschafft wurde), die italienische Anerkennung der EU-Menschenrechtscharta darstellt, insbesondere von Artikel 8 über das Recht auf ein Privat- und Familienleben. Während der besondere Schutz bereits seit vielen Jahren besteht, wurde er im



Erinnerung an Cutro

Jahr 2021 unter der Ägide der Mitte-Links-Innenministerinnen Lamorgese ausgeweitet. Mit der Wahl von Melonis Regierung war es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis der besondere Schutz wieder eingeschränkt wurde. Das Ergebnis hat schwerwiegende Auswirkungen sowohl für Menschen die neu in Italien ankommen, als auch jene welche bereits in Italien fest verwurzelt sind.

Für Neuankömmlinge stellt nach der Beschränkung des besonderen Schutzes durch das Cutro-Gesetz die Gewährung des internationalen Schutzes die einzige Möglichkeit auf Legalisierung dar. Die seltene Ausnahme sind Entscheidungen in Bezug auf die Wahrung der Rechte eines Kindes auf Familienleben, mit entsprechendem

Rechtsstatus für seine Erziehungsberechtigten. Während die Beantragung von Asyl für jemanden, der irregulär (d.h. ohne Einreisevisum) nach Italien gekommen ist, schon immer ein notwendiger Weg war, ermöglichte es der besondere Schutz den Menschen, Nachweise für ihre Integration in die italienische Gesellschaft zu erbringen - sei es im familiären, beruflichen oder schulischen Bereich -, um zu argumentieren, dass ihre Rechte auf ein Familien- und Privatleben nach Artikel 8 geschützt werden sollten. Die sehr eingeschränkte Art und Weise, in der Geflüchtete im Allgemeinen von den territorialen Asylkommission und Gerichten anerkannt werden, und die geforderten Beweismittel bedeuten, dass selbst Menschen, die aus Gebieten kommen, die für Konflikte oder Unterdrückung bekannt sind, internationalen Schutz verweigert werden kann. In unserer Arbeit haben wir z. B. Ablehnungen von Menschen aus dem Irak und Ägypten gesehen. Menschen, die aus Gebieten kommen, in denen es weniger Konflikte oder weniger bekannte diskriminierende Gesetze gibt (insbesondere aus Westafrika), haben noch geringere Chancen, dass ihr Asylantrag angenommen wird. Die meisten Ablehnungen betreffen derzeit Menschen aus Ländern, die im Schnellverfahren das Asylverfahren durchlaufen, z. B. aus Tunesien oder Ghana. In diesen Fällen haben die Menschen oft nicht einmal die Verfahrenszeit, um eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung in Italien zu erhalten, und können daher keinen formellen Arbeitsvertrag abschließen oder Schulprüfungen ablegen. Dies nimmt ihnen wiederum später jede Möglichkeit, ihre Integration in die italienische Gesellschaft nachzuweisen, zumindest wenn sie das Glück hatten, dass ihr Fall von eine*r Richter*in beurteilt wurde, der oder die sich um die Gewährleistung ihrer Menschenrechte kümmerte.



Gericht in Palermo

Für Menschen, die schon lange in Italien leben, stellt die Einschränkung des besonderen Schutzes ebenfalls ein großes Problem dar. Wir treffen viele Menschen, die seit Jahren, manchmal Jahrzehnten, in Italien sind, aber aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage waren, ihre erstmals erhaltenen Dokumente zu erneuern. In manchen Fällen ist dies auf Vorstrafen zurückzuführen, sei es wegen Bagatelldelikten, die oft mit Armut zu tun haben

(unbezahlte Rechnungen, Wohnungsbesetzungen, Drogenhandel in geringem Umfang, Verkauf gefälschter Waren wie Raubkopien von CDs oder gefälschten Marken), oder wegen schwerwiegenderer Straftaten im Zusammenhang mit der Migration selbst (Verwendung falscher Dokumente, Beihilfe zur unerlaubten Einreise). In Verbindung mit den sehr restriktiven italienischen Staatsbürger*innenschaftsgesetzen, die Menschen mit italienischer ‚Abstammung‘ gegenüber Menschen, die in Italien geboren und/oder ausgebildet wurden, bevorzugen, sind häufig Formen des B-Schutzes wie der spezielle Schutz oder der humanitäre Schutz der einzige Weg für die Menschen, ihren rechtlichen Status durch den Nachweis ihrer Integration zu regularisieren.

Auf der einen Seite gibt es noch viel zu erkämpfen: Anwält*innen und NGOs kämpfen vor Gericht für die Anerkennung von Menschenrechten, und es gab bereits wichtige Urteile (wenn auch noch nicht in Sizilien), in denen Richter*innen gegen die Grundidee des Gesetzes 2023/50 (‚Cutro-Gesetz‘) gehandelt haben, indem sie besonderen Schutz aufgrund von Familie oder Beruf gewährten. Andererseits fragen wir uns, ob die derzeitige italienische Regierung, vor allem, nachdem der Zirkus der Europawahlen vorüber ist, zu dem stumpfen und chaotischen Instrument greifen wird, das frühere Regierungen in ähnlichen Situationen oft eingesetzt haben: eine Dokumentenamnestie.

So oder so: Solange keine rechtliche oder politische Lösung gefunden wird, ist es klar, dass Zehntausende Menschen, die früher einen Weg in ein geregeltes, legales Leben in Italien gefunden hätten, stattdessen an den Rand gedrängt werden, keinen Zugang zu sozialer Unterstützung haben und somit eine leichte Beute für ausbeuterische wirtschaftliche Interessen, ob legal oder nicht, sind.

Übersetzung: Luisa Mohr, Isabel Pirlich